

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen Zentralverbandes - Sitz Köln am Rhein

Christlich-nationale Berufsgewerkschaft für Angehörige der graphischen und papierverarbeitenden Industrie

20. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf., monatlich 20 Pf., ohne Postgebühren

Samstag, den 4. Oktober 1924

Erscheint vierzehntägig Samstags Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 17

Geschichte der christlichen Gewerkschaften

Grundsätze und Führer der Bewegung

In den Gewerkschaften sehen wir die Zusammenfassung aller in der Arbeiterschaft vorhandenen geistigen und materiellen Kräfte und deren Indienstsetzung zur Besserung ihrer Lage. Wer geistig miterleben will, wie die untersten Schichten ihren Emanzipationskampf führten, welcher Mittel sie sich in diesem Kampfe bedienten und wie groß die erlangenen Erfolge waren, dem kann die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht gleichgültig sein, der muß auch als Außenstehender ihre Geschichte kennen. Das allein genügt aber noch nicht zu einer objektiven Beurteilung der Gewerkschaftsfrage. Dazu muß noch die Kenntnis des Richtungsstreites in der deutschen Gewerkschaftsbewegung treten. Anfänglich sich hinter verschlossenen Türen und im eigenen engeren Kreise abspielend, beschäftigte dieser Streit auch die Öffentlichkeit sehr stark, als Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrzehntes einige mutige und von großem Idealismus erfüllte Männer zur Gründung von christlichen Gewerkschaften schritten. Was bestimmte sie zu diesem Schritt?

Man hat bis in die letzte Zeit hinein aus gegnerischem Munde gehört, die christlichen Gewerkschaften hätten Zerspitterung in die Kreise der Gewerkschaften hineingetragen. Sie wären Verdränger an der Arbeiterschaft. Das ist eine Verleumdung, die schon von den geschichtlichen Tatsachen widerlegt wird. Die Gründung von christlichen Gewerkschaften war notwendig geworden, weil die freien Gewerkschaften, nicht, wie ihr Name sagt, frei waren, sondern mehr und mehr unter sozialdemokratischer Bevormundung gerieten. Als Rekruten der Sozialdemokratie konnten sich die freien Gewerkschaften selbstverständlich auch zur Religion und zum Staat nicht anders einstellen, als die Sozialdemokratie. So waren die freien Gewerkschaften in politischer Beziehung einseitig sozialdemokratisch und in religiöser Beziehung religionsfeindlich, atheistisch. Ueberzeugte christliche und nationale Arbeiter konnten diesen Gewerkschaften nicht mehr angehören, wollten sie nicht in innere Gewissenskonflikte geraten. Denn es war doch ein Un Ding, kirchlichen Gemeinschaften anzugehören, sogar für nationale Parteien usw. tätig zu sein, auf der anderen Seite aber zu deren Bekämpfung durch die Beiträge für die freien Gewerkschaften selbst die Mittel herbeizuführen.

Hieraus ergibt sich, daß es eine historische Schuld lediglich der freien Gewerkschaften gewesen ist, in die Gewerkschaftsbewegung, die nur wirtschaftlichen Zwecken dienbar gemacht werden sollte, einseitige Weltanschauungskämpfe hineingetragen und dadurch Zerspitterung herbeigeführt zu haben. Wäre das nicht der Fall, dann würden heute in den Gewerkschaften, genau wie in den Arbeitgebervereinigungen, Sozialisten neben Deutschnationalen und Zentrumselementen einträchtig für ihre wirtschaftlichen Belange zusammenarbeiten.

Die älteste christliche Gewerkschaft, der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter, ist zwar schon 1894 von dem kirchlich verstorbenen August Brust gegründet, aber die Bewegung als solche, zusammengefaßt zu einem Gesamtverband, bildete sich erst auf dem Mainzer Kongress, Pfingsten 1899. Seit dieser Zeit können wir erst von einer eigentlichen christlichen Gewerkschaftsbewegung reden. Die Jubelfeier der christlichen Gewerkschaften wird in der Metropole der Bewegung, in Köln, am 12. Oktober 1924 begangen.

Es ist zu begrüßen, daß diese Feier dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Gelegenheit gegeben hat, das Werden und Wachsen der Bewegung in einer etwa 280 Seiten starken Festschrift zu beleuchten. Zwar ist die Literatur über die christlichen Gewerkschaften durchaus nicht so dürftig, wie es Außenstehenden scheinen möchte. Aber sie ist in den meisten Fällen weniger geschichtlich als agitatorisch ein-

gestellt. Bisher mußten die christlichen Gewerkschaften ja in der Hauptsache um ihren Bestand besorgt sein. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo sie auch den anderen Aufgaben nachgehen können.

Die Festschrift, die unter dem Titel „25 Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung“ im Gesamtverbandsverlage erscheint, bringt zwar keine rein geschichtliche Darstellung, sondern vornehmlich Biographien der lebenden und schon verstorbenen Führer der Bewegung. Was der erste Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften und heutige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Adam Stegerwald, was Joh. Wiesberts, Franz Wieber, Heinrich Zumbusch, Franz Behrens, Karl Schirmer, Heinrich Kurth und Josef Wiedeberg über ihr Leben, ihr Wirken und Streben zu berichten haben, ist nichts anderes als eine lebensstrenge Geschichte der Bewegung selbst. Schon aus diesem Grunde wird die Festschrift der christlichen Gewerkschaften in der ganzen Öffentlichkeit höchste Beachtung finden. Eingehende Abhandlungen über den christlichen und nationalen Gedanken in der Bewegung, über die Wirtschafts- und Sozialauffassung der christlichen Gewerkschaften werden die Festschrift gewissermaßen zu einem Programm der christlichen Gewerkschaften stampeln. Die Biographien der einzelnen Führer und die grundsätzlichen Abhandlungen werden auch einzeln in Broschürenform erscheinen. Besondere Bemerkung wird es ausbleiben, daß auch dem eigentlichen Gründer unserer Bewegung, dem am 20. April 1924 verstorbenen August Brust, eine Broschüre gewidmet ist.

Mit den genannten Neuerscheinungen wird die christliche Gewerkschaftsliteratur eine beachtenswerte Bereicherung erfahren. Aus der Festschrift wird man auch bildlich das Vordringen unserer Bewegung in die Wirtschaft und in das Staatsleben erkennen. Sie müßte mindestens von jeder Zählstelle bezogen werden. Ganz besondere Sorgfalt sollte man jedoch dem Vertrieb der Einzelbroschüren schenken. Die grundsätzlichen Abhandlungen eignen sich für alle führenden Kollegen, überhaupt für alle Mitglieder, die in das Wesen der Bewegung eindringen wollen, während die Führerarbeiten hauptsächlich unserer Jugend in die Hand gegeben werden müssen. Sie werden in jedem Falle eine erzieherische Wirkung ausüben. Bestellungen sind alsbald dem Gesamtverbandsverlage zuzuleiten.

Für die Verammlungen unserer Zählstellen gibt es im bevorstehenden Winterhalbjahr keine bessere und auch agitatorisch wirkungsvollere Aufgaben, als ein Eingehen auf die Geschichte und die Grundsätze unserer Bewegung an Hand der jetzt erscheinenden Literatur. Man kann sich für eine Sache nur mit voller Hingabe einsetzen, wenn man sie genau kennt. Aus der Kenntnis wächst der feste Glaube an die Sieghaftigkeit unserer Ideen. Warum und wie wir wurden, unsere Kämpfe, unsere Erfolge, unser Einfluß, alles das wird uns, wird insbesondere der jungen Generation in unserer Bewegung ganz anders zum Bewußtsein kommen, wenn sie nun die gebotenen Möglichkeiten zur Erkenntnis benutzt.

Unsere Bewegung, die nun ein Vierteljahrhundert hinter sich hat, wird fast durchweg noch von jenen Kämpfern geleitet und geführt, die an der Wiege standen. Es ist dies die alte Führerschaft, die stark im Vergangenen wurzelt und dem neuen nur Konzeptionen macht, wenn alles für und Wider sorgfältig abgewogen wurde. Niemand vermochte gerade diese Tatsache die Einigkeit in unserer Bewegung bis auf den heutigen Tag in keiner Stunde zu erschüttern. So muß es bleiben. Es wird aber nur so bleiben, wenn die jetzt neu auftretende zweite Führerschaft in die Fußstapfen derjenigen tritt, die in der Festschrift und den Broschüren zu uns sprechen.

Wirtschaftspolitische Streiflichter

In der letzten Septemberwoche ging in Stuttgart die 31. Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik vor sich. Viele Tagung hatte zwei Höhepunkte: Die Rede des Berliner Universitätsprofessors Sombart über den Klassenkampf und die Rede des Universitätsprofessors Sering über die Zollpolitik. In beiden Fällen war es nicht nur der Respekt vor der wissenschaftlichen Leistung, der die Reden als etwas Besonderes empfunden ließ, sondern der Mut zu praktischen Schlussfolgerungen. Sie brachten nicht nur unpersonliche Erkenntnisse, sondern waren freimütige, persönliche Bekenntnisse. Das soll auch von unserem Standpunkte ausdrücklich anerkannt werden. Wir haben nämlich Jahre hinter uns, wo die wissenschaftlichen Kapazitäten der Sozialpolitik Feindschaft oder Unverständnis in jeder Form angefangen hatten. Nicht alle. Aber die meisten und bedeutendsten. Die Stuttgarter Tagung eröffnet wieder bessere Aussichten.

Zur Frage des Klassenkampfes vertrat Sombart die gleiche Auffassung, wie sie in unserer christlichen Arbeiterbewegung Grundlag ist. Es wirkte geradezu als Scyllation, als er freimütig erklärte: Aus unserer im inneren gemeinen Zeit gebe es keinen anderen Ausweg als den alten Glauben an Gott. Allen Marxisten wurde dabei peinlich zumute. Sie suchten sich mit allen möglichen, mehr oder minder gotteslästerlichen Scherzen zu helfen, alle mit dem Stichwort: Der Verein für Sozialpolitik sei doch kein Verein für Religionspolitik. Ein Vertreter der freien Gewerkschaften suchte den Klassenkampfgedanken zu retten, indem er den Beweis für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung antrat. Vorant ihm Sombart mit Recht erwidern konnte, auch er lebe in der Welt der Wirklichkeit und halte den „relativen“ Klassenkampf, die Austragung wirtschaftlicher Gegensätze in bestimmten Grenzen, nicht nur für notwendig, sondern für berechtigt. Dagegen sei die „absolut“ Klassenkampfsidee, die sozialistische Methode, alle Geschichte auf die Klassengegenseite zurückzuführen und alle wirtschaftliche und politische Rettung und persönliche Seligkeit vom siegreichen Klassenkampf des Proletariats zu erwarten, falsch und zerstörend.

Die Synthese Prof. Sombarts erscheint uns durchschlagend genug, um im Kampfe der Tagesmeinungen angewandt zu werden. Es gibt heute noch Kreise im freien Gewerkschaftslager, die unsere Bewegung als Harmoniebücherei bezeichnen. Nun, wer mit uns arbeitet, der weiß sehr wohl, daß Harmoniebücherei bei uns gar nicht zu Hause sein kann. Wir vertreten unsere wirtschaftlichen Interessen genau so kräftig, wie andere Leute, denen der Klassenkampf Selbstzweck geworden ist. Uns ist es das nicht und kann es nicht sein. Wenn wir kämpfen, dann tun wir es nicht um des Kampfes willen, sondern um der Idee willen, die zu verwirklichen wir uns erlauben. So betrachten wir unsere Stellung im Kreuzfeuer des „Klassenkampfes“.

Nicht minder bedeutungsvoll waren die Darlegungen Prof. Sering's über die Zollpolitik. Er schilderte zunächst die durch Krieg und Versailles Diktat veränderte weltwirtschaftliche Lage, den Stand der industriellen Entwicklung in den alten und neuen Ländern und die zweifelhafte internationale Agrarkrise, als deren Hauptursache ihm die geschwächte Kaufkraft Mitteleuropas erscheint. Sering sowohl wie die hauptsächlichsten Diskussionsredner beurteilten die gebantenlose Wiederholung von Kriegerargumenten in der handelspolitischen Diskussion, auch in der jüngsten Zollvorlage der Regierung. Die heutige Weltkrise der Landwirtschaft und die besondere Not der deutschen Landwirte habe völlig andere Gründe als in den achtziger Jahren. Man könne ähnliche Erscheinungen, die völlig verschiedene Ursachen haben, nicht einfach mit denselben Mitteln bekämpfen. Gerade in einer hochschulmännlichen Welt müsse sich Deutschland zu den Idealen des Freihandels bekennen; ohne vollkommenste internationale Arbeitsteilung könne die deutsche Wirtschaft sich nicht behaupten, der freie weltwirtschaftliche Austausch sei aber dafür die Voraussetzung. Die Landwirtschaft leidet in der ganzen Welt unter den zu hohen Industriepreisen, dieser „Schere“ kann man durch Zölle nicht entgegenwirken. Führen wir Agrarzölle ein, so ist zweierlei möglich: Entweder sie werden vom Auslande getragen, dann nutzen sie der deutschen Landwirtschaft nichts, oder sie kommen in den Kornpreisen

zum Ausdruck, belassen die Verbraucher, erhöhen schließlich aber doch die Konsumfähige, steigen wieder die Inzestpreise, und die „Echere“ stellt weiter gegen die Landwirtlichkeit. Nicht nur nicht Wieder- einführung der Agrarsteuern, sondern auch Abbau des Industriehaarses müßte daher die Parole sein, im Interesse von Landwirtschaft und Industrie und aus sozial- politischen Gründen. Selbstverständlich erhob sich keine Stimme gegen einen verfeinerten und wohlhabenden Jolktaff, aber man sollt ihm nicht zu schuldnerischen Jmeden gebrauchen, sondern zur Erziehung des feierlichen, weltwirtschaftlichen Austausch. Dann sei es auch möglich, die Handelspolitik in den Tonn der großen deutschen Weltmarktpolitik zu stellen.

Auch die Währungsfrage wurde auf der Tagung erörtert. Interessant war hierbei die Bemerkung, daß das deutsche Wollteinkommen zurzeit 26 Milliarden (gegen 43 Milliarden 1913) jährlich beträgt.

Die zweite für die Arbeiterschaft bedeutungsvolle Tagung, nämlich der internationale Arbeiterkongress, trat am 1. Oktober in Prag zuhause. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Frage der Arbeitszeit (Achtstundentag) Washingtoner Abkommen; an zweiter Stelle die Frage der Betriebsräte und schließlich die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Kongress ist zahlreich besucht; auch aus Deutschland sind eine Reihe prominenter Sozialpolitiker und Arbeiterführer auf dem Kongress vertreten.

Esolange die Länder Sozialpolitik treiben und Mittel und Wege suchen zum Abbau von Leben und Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung, Sicherung ihrer Existenz, Schaffung von Arbeitsgrundlagen für das Arbeiterverhältnis, haben sich stark Widerstände der entgegengekehrten interessiert streift gezeigt. Nur müßig ist es uns in Deutschland in der Vorkriegszeit gelungen, die deutsche Sozialpolitik auf eine immerhin so ansehnliche Höhe zu bringen, daß sie weit in der Welt als vorbildlich galt. Dieses Vorbild war ganz besonders in der Richtung zu bestehen, daß bei uns die Sozialgesetzgebung wirklich durchgeführt wurden. Dafür sorgten einerseits die Staatseinrichtungen (Gewerbeaufsicht), andererseits aber auch die vorhandenen starken Arbeiterorganisationen und die politischen Parteien. Nicht in allen Ländern konnte sich die Sozialgesetzgebung in gleichem Maße durchsetzen. Auf den internationalen Kongressen war von jeder die Frage, daß in manchen Ländern schon Schritte auf dem Wege standen, deren Lage Turchführung aber den Jued der Wege fast unmöglich machte. In den Einwendungen, die auch in Deutschland von Anfang an gegen die Sozialpolitik erhoben wurden, gehörten: Die Industrie bleibt nicht konkurrenzfähig, wenn wir sie allein deutschseits mit Sozialpolitik belassen. Inwiefern diese internationale Konkurrenzde nichtig war, ob sie nicht die mehr einen Vorwand gegen die Sozialpolitik überhaupt darstellte, mag dahingestellt bleiben. Aber ein Rückblick auf die deutsche Entwicklung von 1890 — dem Jahre, in dem die erste internationale Arbeiterschuttkongress in Berlin stattfand — bis zum Jahre 1913 zeigte uns unabweislich, daß diese Jahre fortgeschrittener Sozialpolitik auch die Jahre der größten Stärke und Entfaltung der deutschen Industrie gewesen sind. In Deutschland stand bereits vor dem Kriege in weitestem Streifen, sowohl der Sozialpolitiker wie auch einschüchter Unternehmer fest, daß gerade die soziale Fürsorge die Stärkung eines, wenn auch noch so geringen Existenzminimums, wie es Unfall, Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung vorlag, daß die Erweiterung der Arbeiterrechte und die Verbesserung des Arbeiterstandes vornehmlich dazu beigetragen haben, jenen schloßensprohen, pflichtbewussten, tüchtigen Lohnarbeitersstand zu schaffen, ohne den die deutsche Industrie ihre Triumphe in der Welt nie hätte erreichen können. Wenn heute Leute aus dem Unternehmerlager eine andere Idee verzapfen, dann beneiden sie nur, daß sie aus der Vergangenheit nichts gelernt haben. Wir werden auf die Tagung noch einmal zurückkommen.

Die letzten Wochen waren wahrhaftig nicht arm an sozialen Kundgebungen der verschiedenen Vereinigungen und führender Männer. Wir haben sie alle an dieser Stelle behandelt. Mehr oder weniger fanden sie auch in der Leserschaft ein Echo. Nun bringt die Zeitschrift „St. Neuen“ (Faderborn) wieder ausgelegnete Gedanken des Reichspartners Jof. Berle unter der Ueberschrift „Wenn das Volk Hoffnung gegen dürfte“. Die markantesten Sätze bringen wie zum Abdruck und sind überzeugt, daß sie in unseren Kreisen mit Begeisterung aufgenommen werden. Wazere Werte schreibt u. a.:

Es ist für uns recht und billig, den Proletariat nur auf das Jenenits zu verweisen, das wir ja nicht zu vergeben haben. Wir sollten heute statt dieses übrigens auch vergeblichen Bemühens nicht übersehen, daß wir im Diesseits einen Anwalt des Jtwigen in Händen halten, und daß ein christliches Jenenits auch in dieser Weltstunde sich abspiegeln hat. Wir haben doch die Christen der Jpöthapostelische die in der Stunde aufspringende Aufgabe erfüllt: „Wenn ihr in das Unvergängliche euch teilt, um wie viel mehr in das Vergängliche“. Sie haben dem Proletariat Hoffnung gemacht. Auch Papst Leo XIII. wollte, daß das Arbeiten einige Hoffnung für das Ebedenigen in sich schließt. Aber hoffnungslos denn je fehlt heute der größte Teil unseres fürerlich und geistig arbeitenden Volkes vor dem demal heiligen Privatbesitz — her-

anderen oder meinetwegen auch des Wertes, nicht sich immer mehr betrogen um den Vorteil an Gottes für alle zureichenden Schöpfung, glaubt nicht mehr, daß man einen Himmel mit ihm teilen wolle, wo man zu traut- und geistlos ist. Die Erde nach der lex aeterna oder dem Naturrecht und in Christentum nach der lex Christi mit ihm zu teilen. Es ist eine Weltstunde für den Glauben wie damals, als einer ein Töquet schrieb: „Was die Erde im Körper, das sind die Christen in der Welt“.

Wenn der auf dem Sozialrecht befindliche Kapitalis- mus nicht von der Kirche, worunter ich hier die Gemeinlichkeit der Glaubenden verstehe, zur Entscheidung- schlicht gestellt und überwunden wird; wenn er es viel mehr verstehen sollte, die Kirche so oder so zurück- zudrängen, dann wird in demselben Augenblick die düsterste Sklaverei der Weltgeschichte geboren. Ob diese Sklaverei kommen wird; ob sie frast vielfältiger Unterlassungsünden innerhalb des Weltreiches kommen wird; ob alle und jede Schwerekeit dieses Systems in ein Chaos zerfallen muß, wenn es wie in den Tagen der Urerschöpfung für den ewigen Gottesgeist sich verhalten soll, brügend darüber zu schweben? Ihn

Preisausschreiben

zur Erlangung eines Zeitungskopfes für die „Graphischen Stimmen“

*

Text: Graphische Stimmen. Organ des Graphischen Zentralverbandes. Christlich-sozialistische Gesellschaft für die graphische und papierverarbeitende Industrie. 21. Jahrgang. Köln a. Rh., den 3. Januar 1925. Nummer 1.

Satzgröße: Ergibt sich aus dem Satzspiegel der Graph. Stimmen und des „Typograph“. Die Entwürfe sind aus der halbierten Amt-Formatur zu lesen oder ähnlich zu zeichnen. Die Anwendung einer passenden Signatur ist erwünscht, wird aber nicht zur Bedingung gemacht.

Besondere Bedingungen: Jeder Entwurf muß auf demselben Karton aufgelegt sein und unten rechts ein Kennwort tragen. Ein beliebiges verchlüsseltes Kennwort muß das gleiche Kennwort und die vollständige Adresse des Einsenders mit Angabe der Organisationszugehörigkeit enthalten. Die Entwürfe sind an die Redaktion der „Graphischen Stimmen“, Berlin SO 18, Kaiser Franz-Grenadierplatz 14, einzuliefern.

Bezugs-Einstellungstermin: 2. Dezember 1924.

Preise: 1. Preis 20 M., 2. Preis 15 M., 3. Preis 10 M., 4. Preis 5 M.

In diesem Wettbewerb können sich sämtliche Gehilfen- und Lehrlingsmitglieder der beiden graphischen Organisationen — Graphischer Zentralverband und Gutenberg-Bund — beteiligen.

*

Arbeitsauskunft der Graphischen Zirkel im G.B.

das zu bestimmen, müßte man die Spannung des Bösen und den göttlichen Auftrag seines innerweltlichen Gegenpielers, der Gnade, erkennen können. Aber, meine christlichen Brüder, Oswald Spengler dürfte recht haben, wenn er meint, daß der Sozialismus zwar nicht die Heile, jedoch die lauteste Frage der Zeit sei. Eine Frage, ja; und zwar eine Frage an die Christen und nur an die Christen, oder besser: nach den Christen. So in zum Weinen, wenn man den reichen „Christen“ sagen hört: „Vor allem eins: das Privateigentum darf nicht angefaßt werden. Ohne Privateigentum keine Kultur.“ Unter dem Privateigentum aber wird ein Eigentum verstanden, wie es gerade zur Stunde abgezogen ist als „Aerechte“ Ergebnis der Jinstelle, des Aktienwindels, des Mehrwert- schuldens, des Bodenwuchers und eines Erbrechters, dem die Verluft in die Stirn gebrannt ist. Das verheißt heute unter gerechtem Recht fast jeder — besitzende Gerechte. Und es ist wiederum zum Weinen, wenn man sonst treffliche Männer eifern hört: „Wir dürfen jetzt die Arbeiter nicht allein lassen im Kampfe mit dem erharteten Kapital, wir müssen die Arbeitervereine fördern und die christlichen Gewerkschaften.“ Du lieber Himmel, als ob damit etwas Entscheidendes getan wäre! Nein, zunächst und zutiefst müssen wir mit ganzer Kraft unsere Gemeinlichkeit (wenn diese Kraft noch vorhanden sein sollte!), mit dem vollen Mut des Kreuzes Christi, der keine Best- und Lebensangst kennt, in Wort und Wert in die Welt hineinrufen, was Natur- recht ist; müssen bezeugen, daß die Norm „Ius justitia perest mundus“ Grundgesetz der Dölle sei, während es im Reiche Gottes wie in Gott selbst keine einseitige Gerechtigkeit geben dürfte, wenn anders Kapitel 13 des Korintherbriefes von Wirklichkeiten des christlichen Lebens spricht.

Eine Reihe von Maßnahmen der Reichsregierung — Ermäßigung der Werttarife, der Postanweisungs- und Postgebühren, der Lohnpreise; Förderung der Kreditpolitik der Reichsbank, Abbau der Jins- und Provisionslage bei den Banken; Ermäßigung der Um- und Kapitalverkehrssteuer — wurden angekündigt

und sind teilweise bereits durchgeführt. Senkung der Preise auf der einen Seite und Steigerung der Produktion auf der anderen Seite, war der Jued der ganzen Hebung.

Wird der Jued erreicht werden? Bis jetzt merkt man nichts von einem Preisabbau. Im Gegenteil! Auf dem Lebensmittelmarkt ist wieder eine steigende Tendenz zu beobachten. Auch Textilien und Lederwaren geben in den Preisen nicht nach. Industrielle Erzeugnisse sollen in den Preisen etwas zurückgegangen sein. Davon haben die breiten Massen aber nicht viel für sie in der Lebensmittelmarkt ausschlaggebend.

Man kann also schon heute feststellen, daß die ein- getretenen Verbilligungen der Erzeugnisse, namentlich im Lebensmittelmarkt, nicht auf den Endprodukt auswirken, sondern von den Zwischenhändlern absorbiert werden. Mit anderen Worten: Der Kredit des Handels ist wieder gestiegen, und zwar auf Kosten der Gesamtheit ganz recht hat Dr. Zeffensmeier, wenn er an- gereizt dieser Entwicklung in der „Germania“ darau- hinweist, daß Rückwirkungen auf den Vohngelände nicht ausbleiben werden. In der Industriearbeiter- schaft gärt es bereits heftig. Die Unternehmer ver- mehren in fast jabelhafter Weise ihre Substanz in einer Zeit, wo es der Arbeiterschaft nicht möglich ist, mit den gezahlten Löhnen ein erträgliches Dasein zu führen. In alten Gewerben ist es so. Auch in unserem eigenen Gewerbe. Nur bescheidene Lohnerhöhungen, die vermag kein Unternehmer zu tragen. Die armen Unternehmer. Zogar die Steuern zahlen sie aus der Substanz, wie die „Weltanschauung“ das ganz geübt fest- stellt. Man könnte über ein solches Jäufungs- wandern lachen, wenn die ganze Sache nicht gar zu ernst wäre.

Mehr und mehr erkennt man, daß die Unter- nehmer auf Gänge gehen wollen. Der Arbeiter soll wirtschaftlich und geistig in das Verhältnis von vor- einem Reichthaler zurückgeworfen werden. Er soll nur der Diener sein, die anderen wollen als Herren die Fische über ihm schwimmen. Ohne Zweifel ist die Lage für die Arbeiterschaft sehr ernst. Wer aber auf ihre Schicksaligkeit und Vertrauensfestigkeit spe- zialisiert, der dürfte sich doch böse berechnen. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel gelernt. Und eine Lehre vergessen wir nie: Wir sind nur etwas mit unseren starken Gewerkschaften. Der ruht das Geheimnis unserer Kraft. Wer uns zum äußersten treibt, der soll erfahren, daß wir noch etwas ver- mögen, trotz alledem. In der Einigkeit liegt unsere Stärke!

Führen Lohnerhöhungen zu einer neuen Inflation?

Während man die geschäftsgewinnlichen Zugs- sichts der Arbeitgeberverbände das Beispiel einer neuen, durch Lohnerhöhungen veranlassenen Inflation an die Hand. Sie warnen die Arbeitnehmer und be- tonen, daß wir ihre Gewerkschaften mit den immer wiederkehrenden Forderungen nach Lohnerhöhungen es sind, die eine neue Inflation heraufbeschwören. Selbst ein Jnsing Lohnerhöhung pro Arbeiter und Arbeitsstunde bedeute eine Jahresbelastung der Wirt- schaft von einer halben Milliarde Goldmark. Diese Be- lastung könne die Wirtschaft nicht tragen.

Wir kennen diese Melodie. Nicht nur erst aus den letzten Jahren ist sie uns bekannt. In Vorkriegszeiten wurde sie mit der gleichen Intensität gesungen. Damals ging es unserer Volkswirtschaft auf, ja glänzend. Wie vermehren unser Vermögen um mehr als fünf Milliarden jährlich. Allein das Einkommen aus dem Kapitalvermögen (also die Jinsen) erreichte die gleiche Höhe jährlich. Wollten aber die Arbeitnehmer von dem Jnsing abstrahieren etwas mehr abbrommen, dann ging das nicht, ohne nicht die ganze Wirtschaft ins Jnsing zu bringen. Da ist es kein Wunder, heute daselbe zu hören. Unsere Wirtschaftsbode hat sich ja gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich vermindert. Sie ist schwächer geworden. Das Durchschnittseinkommen wird heute geringer sein als in Vorkriegszeiten mit 716 M. pro Kopf und Jahr. So scheinen heute die Argumente der Arbeitgeber durchschlagender. In Wirklichkeit sind sie es ebensowenig wie vor zehn Jahren. Folgende Unter- suchung, mit der wir teilweise den interessanten Dar- legungen Edmund Reichmuths in der „Deutschen Arbeit“ folgen, soll es beweisen.

Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger kann nur das verbrauchen, was er verdient. Voraussetzung dafür, daß er Lohn erhält, ist eine Arbeitsleistung, deren Er- zeugnis beim Verkauf einen höheren Preis erzielt, als alle dafür aufgewandten Löhne und Unkosten ausmachen. Bevor die Arbeitnehmer etwas verbrauchen, müssen sie also etwas erzeugen. Dem Werte nach können sie nicht einmal so viel verbrauchen, wie sie erzeugt haben, denn der Unternehmer muß noch Kapitalzins und Unter- nehmergewinne in den Preis des Erzeugnisses vorher einmaltieren, so daß er den Arbeitnehmern stets weni- ger Monstrat zur Verfügung stellen wird, als nötig wäre, um das gemeinsam erzeugte Produkt wieder auf dem Markte zu kaufen. Zwar erhält der Arbeitnehmer das Geld für sein Produkt, bevor der Produktions- prozess zu Ende ist, d. h. bevor das Erzeugnis auf den Markt erscheint. Der Produktionsvorgang ist aber kein einmaliger, sondern ein fortwährender. Man hat also Grund zu der Annahme, daß die Arbeitnehmer mit dem Gelde die in der vorhergehenden Produktions-

Periode angefertigten Gütern laufen. Mit der Währung steigt die Lohnzahlung in jenem Zusammenhang: Der Unternehmer nimmt beispielsweise bei der Kontenbank Kredit. Er braucht diesen Kredit, um seine Arbeiter zu entlohnen. Ist das Arbeitsprodukt fertig und verkauft, erhält die Kontenbank die geliehene Geldsumme nach dem Goldwert zurück. Die Kontenbank hat also ein gutes Geschäft; sie darf erwarten, daß der kreditnehmende Unternehmer dafür Sorge trägt, daß ebensoviel oder sogar noch mehr an Barwerten von ihm der Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt werden müssen, als die Kaufkraft betrug, die der Unternehmer an Kassekreditoren und Kreditnehmer weitergeben konnte.

Den gleichen Vorgang sehen wir beim Verbraucher. Dieser weiß, daß er der Volkswirtschaft Leistungen zur Verfügung gestellt hat, die mindestens soviel wert waren, wie die Dinge, die er sich kauft. Er kann also nicht mehr verbrauchen, als er erzeugt.

Wenn es aber so ist, wo liegt dann der Grund für unsere passive Handelsbilanz? Wie verbrauchen doch mehr, als wir erzeugen. Daran ist zu sagen, daß das Gleichgewicht in Erzeugung und Verbrauch nur dann hergestellt sein kann, wenn die konkretes Produkte, die erzeugt sind, auch verbraucht werden. Die Gleichheit des Wertes von Erzeugung und Verbrauch allein reicht noch nicht hin, um das Gleichgewicht am Markt herzustellen. Es genügt nicht, daß überhaupt Produkte hergestellt sind als Gegenwerte für die Kaufkraft bewirkenden Einkommen, diese Produkte müssen auch verbraucht werden. Hier liegt das Geheimnis der heutigen Zustandsgründe und der sogenannten passiven Handelsbilanz. Der Lohn birgt immer die Garantie ebenso großer volkswirtschaftlicher Werte. Aber diese Werte liegen vorerst nur im Lager und sind noch nicht verkauft. Ob sie verkauft werden, hängt von zwei Voraussetzungen ab. Erstens muß der Verbraucher den Willen haben, gerade diese Güter zu kaufen. Zweitens darf der Preis dieser Güter nicht höher sein als das bei ihrer Erzeugung entstandene Einkommen. Der Arbeitnehmer ist in der Verwendung der von ihm erworbenen Kaufkraft völlig frei. In erster Linie muß er allerdings Lebensmittel kaufen. Da wir nicht genügend Lebensmittel erzeugen, muß stets ein Teil unseres Einkommens für Waren aus dem Auslande verwandt werden. Für unsere selbsthergestellten Landsgüter verbleibt also nur ein Teil der Kaufkraft. Dieser Teil reicht nun nicht aus, um sämtliche Landsgüter anzukaufen und zu verbrauchen zu können.

Hieraus entsteht nun eine Lage, wie wir sie heute in Deutschland vorfinden. Da bei den heutigen Lohn- und Währungsverhältnissen in Deutschland nirgends ein Verbrauch über die erzeugten Werte hinaus stattfinden kann, müssen im Inlande für die zum großen Teil aus dem Ausland kommenden Warenbestände sich immer größere Vorräte anammeln. Diese Vorräte mögen zu einem Teile nötig sein, nehmen sie aber einen größeren Umfang an, dann können sie dem Unternehmer gefährlich werden. Denn er hat mit dem Verkauf gerächnet, während sie sich jetzt in den kalkulierten Preisen als unverkäuflich erweisen. Deshalb übertrifft der Auf nach Herabsetzung der Preise. Wahrscheinlich ist, daß die deutsche Wirtschaft die Gegenwerte für diese unverkäuflichen Waren zu einem Teile schon konsumiert hat, für den Verbrauch dieser Waren im Inlande also gar keine Kaufkraft mehr vorhanden ist. Wollen wir aber die passive Handelsbilanz in eine aktive verwandeln, dann müssen unsere Vorräte ausgefüllt werden. Ohne Ingaugnahme der Ausfuhr ist eine Konsumtion der Inlandsmarktindusrien auf die Dauer nicht möglich. Denn ein Teil der Kaufkraft der Verbraucher wird stets ins Ausland abfließen, so daß die verbleibende Kaufkraft nicht mehr hinreicht, um alle Inlandserzeugnisse zu kaufen. Durch einen Anstands-kredit wird an dieser Sachlage nichts geändert. Der Kredit fließt nämlich nicht den Verbrauchern, sondern den Produzentensichten zu.

Man erwartet allgemein Preisrückgänge für Textilien, Lederwaren und Ausfuhrartikel. Solche Preisrückgänge spielen aber in der Haushalt der Arbeitnehmer keine große Rolle. Das Anziehen der Währungs- und Mietpreise wird hier einen mehr als erwünschten Ausgleich bewirken. Man soll nicht glauben, daß bei einer Weltmarktsteigerung von etwa 50 Prozent wir bei einem Goldstand der Lebenshaltung von etwa 16 Prozent über Friedenshöhe, und bei Goldlöhnen, die kaum Friedenshöhe erreicht haben, bleiben können. Die Löhne müssen also gesteigert werden. Sie können auch gesteigert werden, sofern dem Unternehmer nicht allzu große Festhaltungen der erzielbaren Preise unterlaufen, und so lange der Staat seine Ausgaben nicht mit der Notenpresse finanziert. Dagegen würden sich aber die Arbeitnehmer in erster Linie wenden.

Volkswirtschaft — Sozialpolitik

Arbeitslosenunterstützung an Invaliden und Altersrentner. In einem Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Senat zu Bremen wird zum Ausdruck gebracht, daß die Annahme, die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung an Invaliden und Altersrentner sei ausgeschlossen, nicht zutrifft. Allerdings lege der Bezug der Arbeitslosenunterstützung voraus, daß der Erwerbslose arbeitslos ist und in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt der Erwerbs-

losigkeit nicht weniger als drei Monate hindurch eine Beschäftigung ausübt hat, wobei er Krankenlohnverpflichtungspflichtig war. Für Invaliden- und Altersrentner sind Beiträge zur Erwerbslosenversicherung zu entrichten, sofern sie als krankentlohnverpflichtungspflichtige Arbeitnehmer gelten. Für Invaliden und Altersrentner braucht nicht ohne weiteres arbeitslosigkeits im Sinne der Versicherungsbestimmungen zu sein. Auch geltend zu machen können also Rentnerempfänger, die während der letzten zwölf Monate vor Eintritt der Erwerbslosigkeit wenigstens drei Monate lang einer krankentlohnverpflichtung angehört, Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Scheringe zahlen keine Beiträge zur Erwerbslosenversicherung. In einem Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Wahlkreisminister in Braunschweig wird darauf hingewiesen, daß alle Scheringe von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenversicherung befreit sind, sofern sie auf Grund eines Lehrvertrages von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt werden. Die Befreiung von der Beitragspflicht ist mit Wirkung ab 1. März 1924 eingetreten. Soweit Beiträge in der Zwischenzeit gefordert wurden, können diese von den Scherlingen wieder zurückgefordert werden.

Neuregelung der Arbeitslosenversicherung. Von den Gewerkschaften aller Richtungen wird befehlend die Forderung der Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung nach der Richtung hin geäußert, daß sie einen Charakter der Versicherung erhält, der die geistlichen Beiträge dafür entrichtet. Man sollte meinen, daß dies eine so billige und gerechte Forderung ist, wogegen niemand etwas haben könnte. Dem ist aber nicht so. Einer gewissen reaktionären Presse ist es zu Ehren gekommen, daß das Reichsarbeitsministerium jetzt an einem Entwurf der Arbeitslosenversicherungsgesetze nach der angegebenen Richtung hin arbeitet. Ludlins stellt sie fest, daß die deutsche Wirtschaft die neuen Belastungen, die ihr durch die Versicherung auferlegt werden, nicht tragen kann. Wir können nicht annehmen, daß das Reichsarbeitsministerium sich durch solche Freizeitschreier beeinflussen läßt. Es sind ja, wenn man genauer zuseht, dieselben Kreise, die auch früher, als es noch der deutschen Wirtschaft glänzend ging, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ein Gehül aufstimmten, wenn etwas für die unteren Schichten getan werden sollte. Heute, wo wir wirtschaftlich tatsächlich nicht so gut stehen, wie früher, hat man es mit solchen Kreisläusen nicht. Die Arbeitnehmer werden sich aber nicht davon verblüffen lassen, sondern das fordern, was gerecht und billig ist.

Verteilung der Arbeitsstunden bei Kurzarbeit. Die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 hat an dem Grundgedanken der achtstündigen täglichen Arbeitszeit fest. Ein besonderer Fall gibt dem Reichsarbeitsminister Veranlassung, dies ausdrücklich zu betonen. Die im Rahmen der achtstündigen Wochenarbeitszeit zugelassene Verlängerung der täglichen Arbeitszeit zum Ausgleich ausgefallener Arbeitsstunden soll einen Produktionsausfall verhindern, der entstehen würde, wenn solche, aus besonderen Gründen ausgefallene Arbeitsstunden im Rahmen der achtstündigen Wochenarbeitszeit nicht nachgeholt werden können. Eine Notwendigkeit zur Arbeitsverteilung des Achtstundentages wird bei Kurzarbeit nicht vorliegen. Eine Arbeitsverteilung könnte auch nicht mit dem Geiste der Arbeitszeitverordnung vereinbart werden. Wenn es aber, besonders bei weiten Wegen vom Wohnort zur Arbeitsstelle im Interesse der Arbeiter selbst liegt, eine möglichst zusammenhängende Freizeit zu haben, so kann man gegen eine Vereinbarung, die beispielsweise an einem Tage ausnahmsweise eine neunstündige Arbeitszeit vorsieht, nichts einwenden.

Gute Ratsschlüsse für den Handel. Auf der Tagung des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel hielt Reichswirtschaftsminister Hamm eine bemerkenswerte Rede. Er meinte, daß die Situation vor einem Jahre doch Anhaltspunkte zu besserer Zukunft vorhanden seien. Wir dürfen nie vergessen, daß wir die Generation des verlorenen Krieges sind. Gegenüber den Vorwürfen gegen die Reichsregierung sollten die Wirtschaftskreise darauf denken, daß die Stimmungen und Strömungen im Volke in ihr zum Ausdruck kommen. In der Frage der Annahme des Dawes-Gutachtens suchte man das Recht der Nation gegenüber der Wirtschaft geltend zu machen; Wirtschaft und Staat gehören aber zusammen. Unser Glück und Unglück ruht in der vielfach verflochtenen Weltwirtschaft. Die langdauernde Krise der deutschen Wirtschaft wird abgeschlossen durch das Industrieerlösgesetz, das endlich feste Grenzen und Normen bringt. Die Zunahme der Spareinlagen bedeutet auf jeden Fall die beginnende Afferung. Auch die Arbeitslosigkeit ist zum Stillstand gekommen. So eröffnen sich ganz allmählich und auf ungewissen Hoffnungen zur Wirtschaftsbesserung. Nicht vergessen sollte man, daß aber auch die Kredite zurückgezahlt und aus der Wirtschaft herausgearbeitet werden müssen. Disziplin zu halten ist in dieser Zeit die erste Pflicht. Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, daß nun die Zeit der großen Konjunktur beginnt. Das Vorwärts geschieht nur auf dem Wege des kleinen Regens und des großen Unwasses, und nicht umgekehrt. Mit diesen ganzen Inflationsphänomenen muß abgerechnet werden. Das Programm der Regierung bringt eine vorläufige Ermäßigung der Umsatzsteuer. Die Regierung ist sich klar,

daß auch diese Umsatzsteuer von 2 Prozent auf die Dauer nicht getragen werden kann. Die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft darf keinesfalls unter der Steuerpolitik leiden. In dem Sinne der jüngsten Preisentlassungspolitik muß weiter gearbeitet werden von Wirtschaft und Staat. Gewisse Marktgegebenheiten müssen unbedingt vorhanden; in einer freien Wirtschaft ist für sie kein Raum.

Für die Wohnungswirtschaft. Der Wohnungsausschuß des Deutschen Städtebundes beschäftigt sich mit den Fragen der Wohnungswirtschaft. Nach Auffassung des Ausschusses ist die Zeit für einen allgemeinen Abbau der Wohnungswirtschaft noch nicht reif. Bei der jetzigen Lage ist es zurzeit nur möglich, an einzelnen Orten, wo das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bereits eingetreten ist, für gewisse Vermietungsarten Vereinfachungen einzuführen. In diesem Sinne sei der Entschluß des Reichsarbeitsministers zu begrüßen, der bei den Ländern die Prüfung der Freigabe der möblierten Zimmer anzuordnen. Empfehlungswert könnte ferner nach Lage der örtlichen Verhältnisse für die Einführung des in einer Reihe von Städten neuerdings angewandten Systems der Mieterberechtigungsscheine für Mietwohnungen, mit denen die am dringlichsten Bedürftigen sich selbst eine Wohnung suchen können. Endlich werde man auch an einzelnen Orten vielleicht die Freigabe von Großwohnungen erwägen können. Zur Milderung der tatsächlichen Wohnungsverhältnisse sei es notwendig, daß baldmöglichst eine Statistik über die Zahl der Wohnungen und das Maß ihrer Belegung aufgenommen wird. Dagegen erweise die Vornahme einer allgemeinen Wohnungsmarktstatistik, die die Zahl der Wohnungssuchenden feststellt, nicht durchführbar und auch unzuverlässig. Bessere Mittel und Wege, wie nun wirklich der Wohnungsmarkt in ihren schlimmsten Auswirkungen gehindert werden kann, hat sich dieser Wohnungsausschuß leider nicht ausgelassen. Das wäre aber die Hauptaufgabe gewesen.

Die Steinkohlenproduktion. Was das Brot für die Ernährung des Menschen bedeutet, das bedeutet die Kohle als Energiequelle für unsere Wirtschaft. Ganz klar würde dieser Vergleich nur, wenn wir uns die Kohle plötzlich aus dem Wirtschaftslieben wegdenken. Wir müßten dann ein Jahrhundert in der Wirtschaft zurückschreiten, um auf jenen Produktionsstand zu stehen, der allein durch menschliche und durch die Kraft der Tiere aufrechterhalten werden kann. Die moderne Wirtschaft, die dem Menschen machtmacht die schwere Handarbeit abgenommen hat, ist ohne die durch die Kohle gespeiste Kraftquelle gar nicht denkbar. In der Vorkriegszeit förderte von den europäischen Staaten England die meisten Kohlen; dann folgten Deutschland und Kanada. Im Jahre 1923 fand England gleichfalls an der Spitze; es folgte, allerdings mit einer gegenüber 1913 um mehr als 50 Prozent gesunkenen Menge Deutschland, dann Frankreich, Ost-Österreich, Belgien, Kanada. Im Vergleich zum Jahre 1913 förderten 1923 in Prozenten: England 96,8; Deutschland 44,2; Frankreich 33,5; Belgien 100; Kanada 42,3; Holland schlug mit 27 den Rekord. Die niedrige Förderungsleistung Deutschlands ist in der Hauptsache ein „Erfolg“ der Ruhrbesetzung.

Wirtschaftskennzeichen. Die Landwirtschaftliche Produktion Deutschlands hat sich nach einer im Mai d. J. vorgenommenen Erhebung gegenüber dem Vorjahre um 0,6 Prozent vergrößert. Diese Vergrößerung ist auf die Erweiterung des Anbaues von Futtergetreide und Hülsenfrüchten zurückzuführen. Hingegen weisen die Flächen für Brotgetreide trotz Zunahme des Anbaues von Sommerroggen und Winterweizen eine Abnahme von 2,1 Prozent auf. Die Abnahme beruht in der Verringerung der Anbauflächen für Winterroggen, der Hauptgetreidefrucht Deutschlands um 3,7 Prozent. Verglichen mit den landwirtschaftlichen Anbauflächen im Jahre 1913 auf dem jetzigen Gebiet des Deutschen Reichs ergibt sich nach „Wirtschaft und Statistik“ eine Verringerung der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche um insgesamt 3,8 Prozent, die fast ganz auf Verminderung des Ackerlandes beruht, während sowohl die Flächen der Viehwirtschaft wie Wälder eine Zunahme von 8,3 bzw. 2,2 Prozent aufweisen. Während 1913 von der gesamten Ackerfläche 34 Prozent mit Brotgetreide bepflanzt waren, beträgt heute dessen Anteil nur 29 Prozent. — Die Kronkurse haben im August wieder abgenommen. Im Juli betrug die Zahl noch 1125, im August dagegen nur 895. Eine noch größere Abwertung ergaben die Wechselkurse. Sie sanken von 978 im Juli auf 884 im August. Die Ursachen für diese Erscheinung liegen in der größeren Geldflüssigkeit und dem Abfließen des Zinsfußes.

Fünf Jahre Technische Nothilfe. Die Technische Nothilfe besteht nun volle fünf Jahre. Sie wurde aus den Leistungen und Wirrungen der Zeit heraus geboren, aus einer Zeit, in der Lieberabfälle dazu schritten, mit der Waffe des Streiks selbst die lebenswichtigsten Betriebe stillzulegen. In solcher Form richtete sich der Streik meist gegen seine Urheber. Die unteren Volksschichten, nicht die oberen, waren immer die Hauptleidtragenden. So ist die Technische Nothilfe auch für uns kein Ideal, sondern nur die Befestigung, daß der Gedanke der Gemeinlichkeit und Volkverbundenheit noch weit vor seiner Verwirklichung steht. Ist dieser Gedanke wirksam

und lebendig, wird die Technische Nothilfe von selbst überflüssig. Interessant ist die Zusammenlegung dieser Selbsthilfsgemeinschaft. Techniker und Ingenieure sind mit 22 Prozent vertreten, freie Berufe mit 21 Prozent, Landwirte ebenfalls mit 21 Prozent, Arbeiter mit 11 Prozent, Handwerker mit 10 Prozent, Frauen mit 9 Prozent und endlich Studenten mit 6 Prozent. Neuerdings gehen die freien Gewerkschaften dazu über, ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zur Technischen Nothilfe zu unterlagen. Auch der Buchdruckerverband faßte einen diesbezüglichen Beschluß auf seinem Hamburger Verbandstage. Vergegenwärtigt man sich, daß die Einrichtung der Technischen Nothilfe unter einer sehr stark mit sozialdemokratischen Ministern durchsetzten Regierung erfolgte, daß auch die freien Gewerkschaften anfangs die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe anerkannten, dann muß das Ganze jetzt doch etwas eigenartig erscheinen.

Aus dem Gewerbe

Zur Lohnfrage. Seit Monaten hören wir aus dem Munde der Unternehmer, daß an Hand der Statistik keinerlei Preissteigerung nachgewiesen werden könnte. Die trostlose Wirtschaftslage bedinge vielmehr auf allen Gebieten eine Verbilligung. An Lohnsteigerungen sei infolgedessen nicht zu denken; im Gegenteil, es wäre notwendig, die derzeitigen Löhne herabzusetzen. Dazu kommt noch, daß Regierungsstellen allgemeine Verbilligungsaktionen in Aussicht stellen; aber die breite Masse hat praktisch andere Erfahrungen gesammelt. Sie kann keine Übereinstimmung mit den statistischen Nachweisen und der tatsächlichen Preisbildung aller Lebensbedarfsartikel feststellen. Die Erfahrungen im Haushalt lehren, daß alle wichtigen Nahrungsmittel ganz beträchtlich teurer geworden sind. Der Lohn reicht kaum zum Zatteffen, und mit unter Ausrüstung größter Beschränkungen kann irgend ein billig angepriesener Vordruckler gekauft werden. Das Billigste ist aber bekanntlich nicht das Beste und dazu kommt noch, daß beim Kauf der Geschäftsmann erklärt, demnächst würde wieder alles teurer, denn die Großhandelspreise seien bereits schon wieder gestiegen. Seit Monaten bemühen sich die Gewerkschaften, das Einkommen der Arbeiterschaft zu heben, aber die Unternehmer zeigen die kalte Schulter; sie möchten am liebsten noch Tauf annehmen, wenn sie von Vorkontrahierungen Abstand nehmen. Die Arbeiterschaft im Buchbindergewerbe empfindet es im besonderen bitter, daß Arbeitgeber und Michsichlichthensstellen sich seit Monaten nicht bereitfinden, die ungerade Spanne zwischen Buchdrucker und Buchbinderlohn zu verkleinern. Bis zur Einführung der Wohlöhne bestand zwar auch eine Differenz in der Entlohnung zwischen Buchdrucker und Buchbinder, aber so groß wie heute waren die Unterschiede nie. Es ist erwiesen, daß die gleiche Bezahlung nicht nachteilig wirkt, denn wir konnten feststellen, daß in jenen Betrieben, wo der Buchbinder wie Buchdrucker entlohnt wird — und das ist bei der überwiegenden Mehrzahl der Buchbinderbetriebsangehörigen im Rheinland der Fall — der Beschäftigungsgrad am günstigsten war. Dort, wo der Reichslohn für das Buchbindergewerbe Gesetz ist, konnten wir in viel stärkerem Maße Kurzarbeit und eine geringere Anzahl der Beschäftigten feststellen. Selbst kleine Zinnungsfirmen zahlen heute zum Teil den Buchdruckerlohn, weil qualifizierte Arbeiter es unter ihrer Würde finden, den billigen Taschlohn weiter zu spielen. Als der Buchdruckerlohn im besetzten Gebiete des Kreises II bis auf 77 Pf. pro Stunde stieg, hat sich die Kölner Buchbinderinnung freiwillig erboten, 75 Pf. pro Stunde zu zahlen. Es bleibt im allgemeinen noch viel nachzuholen.

Lohnverhandlungen mit dem VDB. Am 23. September fanden in Stuttgart mit dem Verband Deutscher Buchbinder eibischer (VDB) Lohnverhandlungen statt. Um wenigstens in der Spitze eine Übereinstimmung mit dem Buchdruckerlohn zu erzielen, wurde von der Arbeitnehmerorganisation eine Lohnsteigerung von 15 Prozent gefordert. Die VDB-Vertreter lehnten jegliche Lohnsteigerung ab. Die Arbeitgeber machten den Vorschlag, den derzeitigen Lohn bis 31. Dezember 1924 zu verlängern. Neben Schilderung der Notlage der Buchbinderbetriebe, führte man sich sogar veranlaßt, die Notlage der Landwirtschaft in allen Farben schildern zu lassen. Für die trostlose Lage der Arbeiterschaft zeigte man kein Verständnis. Da zurzeit kein Lohnabkommen mit dem VDB-Firmen besteht, können die Belegschaften mit den Firmen Verhandlungen pflegen. Dabei ist aber Klug vorzugehen.

Lohn- und Tarifverhandlungen mit dem Api. Bekanntlich wurde der Manteltarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrien (Api) vom Juli bis 1. Oktober 1924 verlängert, weil über verschiedene Punkte, wie Arbeitszeit, Lohngrupppe, Spezialarbeiterzuschlag, Ortsklassen keine Einigung erzielt werden konnte. Bei den am 26. September in Berlin begonnenen Verhandlungen beschränkten sich die Arbeitnehmerorganisationen auch auf die vorgenannten Punkte, aber ohne Erfolg. Auch in der Ortsklassenfrage haben wir uns nur auf solche Orte beschränkt, die bei der letzten Regelung unentschieden blieben oder falsch eingereicht waren. Die

Vertreter des Api waren lediglich bereit, nachträglich den Spruch vom 2. Juli 1924 anzuerkennen; sie lehnten aber jede Lohnsteigerung ab. Ihr Vorschlag ging dahin, den derzeitigen Lohn bis 31. Dezember 1924 zu verlängern. Unter diesen Voraussetzungen war an keine Verständigung zu denken, zumal der Spruch vom 2. Juli lediglich die Mehrarbeit bis 54 Stunden auf 53 Stunden festsetzte, und die Mehrstunden mit keinem Aufschlag bedachte. Die ganz geringen Abänderungen im Lohngrupppe sind kaum erwähnenswert. Trotzdem den Arbeitgebern mit aller Deutlichkeit nachgewiesen wurde, daß die Wirtschaftslage nun unter allen Umständen eine Anpassung an den Buchdruckerlohn rechtfertige und an keinen Abschluß zu denken wäre, wenn nicht gleichzeitig eine neuwertige Verbesserung in vorgenanntem Punkte erzielt werde, lehnten die Unternehmer jeden Fortschritt ab. Die Verhandlungen wurden demzufolge ergebnislos abgebrochen und den Arbeitgebern erklärt, daß ab 2. Oktober ein vertragsfreier Zustand eintritt und örtliche oder betriebliche Vorgehen zu erwarten sind. Die Vertreter des Api verwiesen auf die Ziffer 66 des alten Vertrags und forderten gemeinsamen Anruf des VDB als letzte Instanz. Da aber die Arbeitnehmervertragsparteien sich zu einem gemeinsamen Schritte nicht bereit fanden, hat der Api die diesbezüglichen Schritte beim VDB unternommen. Am 27. September traten die Parteien auf Aufforderung des Schlichters, Reichsgerichtsgerichtsrat Dr. Königsberger, erneut zusammen. Die Vorverhandlungen brachten kein anderes Ergebnis; es mußte zur Bildung der Spruchkammer geschritten werden. Der in später Nachtstunde gefällte Spruch löste insbesondere deshalb bei uns keine Begeisterung aus, weil keinerlei Lohnsteigerung durch ihn verbürgt wird und auch im Lohngrupppe nicht jene Verbesserungen erzielt wurden, um eine gleichmäßigere Lohnform in den Buchbinderbetrieben zu erzielen. Nur in der Arbeitszeitfrage ist das zugesprochen, was letzten Endes gefordert wurde, also Gleichstellung mit den Buchdruckern. Der Schiedspruch hat folgenden Wortlaut:

A. Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder für einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber nach Rücksprache mit der gesetzlichen Betriebsvertretung Mehrstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich fünf Stunden angeordnet werden.

Diese Mehrstunden sind für jede Stunde mit dem 18sten Teil des Wochenlohnes zuzüglich eines Aufschlags von 12½ Prozent zu bezahlen. Für die darüber hinausgehende Arbeitszeit ist der tarifliche Lebenslöhnaufschlag zu zahlen.

Dieses Abkommen tritt am 1. Oktober 1924 in Kraft und gilt bis zum 31. Januar 1925. Wird es nicht zwei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt, so läuft es stets mit der gleichen Kündigungsfrist auf drei Monate weiter. Es findet sinngemäß auf Abschnitt II, VI und VII des Manteltarifvertrages Anwendung.

B. Der bisherige Manteltarifvertrag vom 16. Juni 1923 und der Zusatzvertrag vom 16. Juni 1923 werden wie folgt geändert:

Die Prozentzahlen werden festgesetzt	
in Ziffer 22	ledig verbeitert
a	56 Prozent
b	64
c	75
d	80
e	87,5
f	92,5
in Ziffer 25	
a	30
b	35
c	45
d	54
e	52,5
f	55
g	60
h	65
in Ziffer 26	
1a	26
1b	33
2a	33
2b	43
3a	45
3b	52,5
3c	57,5
in Ziffer 75	
a	50
b	60
c	70
d	77,5
e	82,5
f	87,5
in Ziffer 76	
a	70
b	77,5
c	82,5
d	87,5

Ziffer 26 und Ziffer 85 fallen fort.
Ziffer 48: Darüber hinaus haben die Arbeitnehmer Anspruch auf Bezahlung des Karfreitags oder Fronleichnamtags, je nachdem an einem dieser Tage entsprechend der Orts- oder Landesitte von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gearbeitet wird.
Ziffer 67: statt „30. Juni 1924“ ist zu setzen: „30. September 1925.“
Ziffer 71: statt „22. Juli 1922“ muß es heißen: „16. Juni 1923.“
*) „Müdspache“ bedeutet weder Zustimmung noch Mitwirkung im Sinne des Gesetzes.

Ziffer 89, Abs. 2, Satz 1, erhält folgende Fassung: „Ziffer 89 gilt nur für die bis zum 16. Juni 1923 in die Betriebe eingestellten Arbeitnehmer.“
Ziffer 90: Anstelle des „30. Juni 1924“ tritt der „30. September 1925“.

C. Die in den Ziffern 42, 43, 44 und 54 vorgezeichneten „besseren Bedingungen“ gelten nur für die bis zum 16. Juni 1923 in die Betriebe eingestellten Arbeitnehmer.

D. Für die Bezahlung der Feiertage gilt die auf Grund der oben zu A. geregelten Arbeitszeit im Einzelbetriebe für die fragliche Woche, in die der Feiertag fällt, angeordnete Mehrarbeit bis zu 53 Stunden als tarifliche Arbeitszeit.

Für die Ferienbezahlung verbleibt es bei der Zugrundelegung der 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit.

E. Zu XIV: Einzelverträge sollen durch die zuständigen Gewerbeämter entschieden werden. Den Parteien wird aufgegeben, die Ziffern 64 bis 66 dieses Abschnitts entsprechend zu ändern.

F. Das bestehende Lohnabkommen vom 20. Mai 1924 bleibt bis zum 5. November 1924 aufrecht erhalten.

G. Die durch vorstehende „Regelung“ notwendig gewordene reaktionelle Änderung einzelner Bestimmungen des Manteltarifvertrages und die anderweitige Ortsklasseneinteilung wird freier Vereinbarung der Parteien vorbehalten.

H. Die Parteien haben sich bis zum 4. Oktober 1924, mittags 12 Uhr, gegenseitig und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über die Annahme des Schiedspruchs zu erklären.

gez.: Dr. Königsberger.
Ueber die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruchs wird einweilen noch verhandelt. Nähere Mitteilungen ergeben durch Rundschreiben.

Berichte aus unseren Jahrestellen

Bielefeld. Am 18. September fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Kramhöppler (Mehmet) besprach ein sehr aktuelles Thema. In der Ansprache gelobten die Anwesenden, in Zukunft auch hier in Bielefeld an die Gewerkschaftsarbeit heranzugehen. Als Ortsgruppenleiter wurden dann die Kollegen Artz, Zander, Mann und Wilhelm Freisch bestimmt. Hoffen wir, daß in Zukunft auch in Bielefeld wieder fruchtbringende Verbandsarbeit geleistet wird.

Gieselen. Am 3. September fand im „Kaiser Barbarossa“ die Gründerversammlung der neuen Jahrestelle statt, zu der Kollege Blinim (Berlin) erschienen war und ein ausgezeichnetes Referat hielt: „Haben wir eine Gewerkschaft nötig und welche kommt für uns in Betracht?“ Zu dem einstündigen Vortrag legte er die Ziele und Aufgaben unseres Graphischen Zentralverbandes dar. Anschließend an dieses Referat erfolgte die Gründung der Jahrestelle, der sofort 16 Mitglieder (darunter drei Lehrlinge) beitraten; ein Mitglied ist bereits am Orte, so daß die Ortsgruppe 17 Mitglieder zählt — gewiß ein guter Anfang. Die Geschäftsführung erledigt vorläufig Kollege Emil Bunderlich, hier, Kreisstraße 8. Zum Vereinsheim wurde das Lokal „Kaiser Barbarossa“ bestimmt. Der neuen Jahrestelle rufen wir ein herzliches „Glück auf“ zu und wünschen ihr in dem roten Mitteldeutschland einen guten Erfolg.

Graphischer Zentralverband Köln a. Rh.

Geschäftsstelle: Deutzerwall 2, Fernspr. Rheinland 2036
Postfachkonto: Köln 15171
Abrechnungen vom 2. Vierteljahr gingen ein bis zum 27. September: Aachen, Bonn I, M.-Gladbach, Barmen, Dortmund, Hagen, Iserlohn.
17 Jahrestellen, darunter 4 größere, sind ihren Verpflichtungen, trotz häufiger Abwesenheit, noch nicht nachgekommen.
Die Abrechnungsformulare für das 3. Vierteljahr sind den Ortsgruppen zugesandt worden. Die ganz kleinen Gruppen mögen die Abrechnungen, wie bisher, in einfacher Weise erledigen.
Sonderkarten sind ein bis zum 27. September: Kempen, Essen, Driesdorf, Barmen, Geisa, Kevelaer, M.-Gladbach, Seelbach, Dülmen, Dortmund, Ludwigshafen, Hagenburg, Bonn I, Stuttgart, Bielefeld, Vadersloh, Düsseldorf, Köln, Hannover.
Die Geschäftskarten für September müssen sofort abgefordert werden.

Unsern Kollegen
Heinrich Sparbrod
zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma
Eiber & Co. die
herzlichsten Glückwünsche.
Jahrestelle Dürren.